

LIBERAL .NRW

04
21

ZUKUNFT GESTALTEN UND FORTSCHRITT WAGEN.

Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

Regierungserklärung

Chancenland NRW
weiter voranbringen

Chancen durch Vielfalt

Erstes Diversity Camp
der FDP NRW

Wirtschaftspolitik

Handwerk und
Mittelstand stärken

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Die Zeichen stehen auf Aufbruch: Nach der richtungsweisenden Bundestagswahl im Herbst haben wir in intensiven Verhandlungswochen erreicht, dass wir Freie Demokraten auch im Bund wieder mitregieren. Wir Freie Demokraten sind eine Fortschrittspartei und deshalb freuen wir uns, dass es in Berlin jetzt auch ein Fortschrittsbündnis geben wird. Denn es geht nicht immer nur um Farbenlehre, sondern auch um die Frage der Haltung: Uns eint mit SPD und Grünen, dass wir etwas nach vorne bringen möchten.

Die Ampelkoalition ist im Bund eine neue Konstellation, doch einiges ähnelt auch unserer Arbeit hier in Nordrhein-Westfalen: Den Stil hoher Diskretion und Seriosität pflegen wir bereits seit 2017. Das ist für vertrauensvolle Zusammenarbeit wichtig. Inhaltlich freue ich mich besonders, dass wir in vielen Themengebieten Meilensteine erreichen konnten: Die gesellschaftliche Liberalisierung bekommt einen echten Schub, Aufstieg durch Bildung wird – zum Beispiel durch das bundesweite Aufgreifen unserer NRW-Ideen der Talentschulen – zu einem Schwerpunkt, bei der Digitalisierung bekommen wir eine Bündelung von Kompetenzen und die deutliche Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren trägt die Entfesselung auch auf Bundesebene. Bei der Migration haben wir endlich ein Gesamtkonzept verabredet, nachdem Horst Seehofer in diesem Bereich nur Chaos hinterlassen hatte. Die neue Regierung wird irreguläre Migration reduzieren und gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt stärken. Asylverfahren werden beschleunigt – und wer kein Bleiberecht hat, wird schneller abgeschoben. Volle Härte gegen Gefährder und Kriminelle, aber Bleiberecht für gut Integrierte: diese Linie aus Nordrhein-Westfalen setzen wir jetzt auch in Berlin durch. Dass wir nun auch auf Bundesebene gestalten können, ist eine große Chance. Allen, die uns auf dem Weg dorthin unterstützt haben, danke ich herzlich: den vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, die so leidenschaftlich für unsere Argumente geworben haben, ebenso wie den Wählerinnen und Wählern, die uns in Nordrhein-Westfalen und bundesweit ihr Vertrauen geschenkt haben.

Unser Blick richtet sich nun aber längst auf die Landtagswahl im kommenden Mai. Gemeinsam arbeiten wir an einem starken Programm, das wir zu Beginn des Jahres beschließen werden. Auch die Vorbereitung der Kampagne läuft auf Hochtouren. Unser Ziel dabei ist klar: Wir Freie Demokraten wollen unser Land weiter gestalten. Deswegen treten wir bei der kommenden Landtagswahl als eigenständige Kraft an und wollen so stark werden, dass wir auch Teil der nächsten Regierung sind.

Ich freue mich schon darauf, gemeinsam mit Ihnen und Euch für unseren Erfolg zu streiten. Persönlich wünsche ich Ihnen und Ihren Familien für das neue Jahr alles Gute!

Ihr
Joachim Stamp



Dr. JOACHIM STAMP
Landesvorsitzender
der FDP NRW



[twitter.com/
JoachimStamp](https://twitter.com/JoachimStamp)



[facebook.com/
drjoachimstamp](https://facebook.com/drjoachimstamp)



[instagram.com/
joachim.stamp/](https://instagram.com/joachim.stamp/)

IMPRESSUM

Herausgeber:
FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW

Redaktion:
verantwortlich für Inhalt und Seiten des
Landesverbandes: Mirco Rolf-Seiffert;
verantwortlich für Inhalt und Seiten der
Landtagsfraktion: Nadja Wilkins

Anschrift der Redaktion:
FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;
FDP-Landtagsfraktion NRW,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

Verlag:
Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

Redaktionsschluss:
15. Dezember 2021

Gestaltungskonzept, Layout und Satz:
LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,
Hütten 82, 20355 Hamburg

Gedruckt auf:
Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

Druck und Produktion:
Beisner Druck GmbH & Co. KG,
Müllerstr. 6, 21244 Buchholz

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die LIBERAL.NRW wird
aus nachhaltigen Papier-
produkten hergestellt.



Unsere Papierauswahl ist
FSC®-zertifiziert.

UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das
Thema FSC®-Zertifizierungen können
Sie online nachlesen unter:
www.fsc-deutschland.de

LANDESVERBAND
BUNDESPOLITIK

MEHR FORTSCHRITT WAGEN.

Das erste Ampelbündnis auf Bundesebene steht: Gemeinsam mit SPD und Grünen haben sich die Freien Demokraten auf ein Fortschrittsbündnis geeinigt – und damit auf einen politischen Aufbruch. „Wir wagen mehr Fortschritt. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“, fasste Christian Lindner die Zielsetzung der Koalitionspartner zusammen.

LIBERALE AUS NRW IN NEUER VERANTWORTUNG



Christian Lindner – Bundesminister der Finanzen, **Dr. Marco Buschmann** – Bundesminister der Justiz, **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** – Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, **Alexander Graf Lambsdorff** – stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **Johannes Vogel** – Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Liberale
Schwerpunkte
im Koalitions-
vertrag:



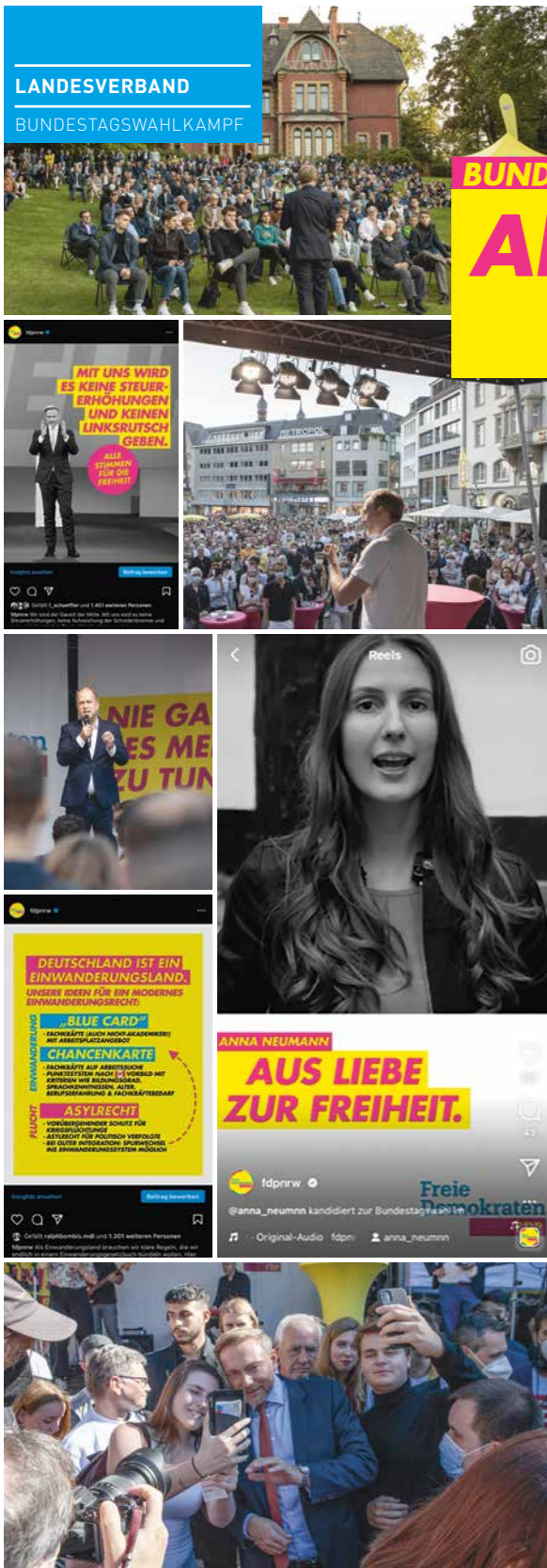
Nach Jahren des Stillstands ist nun die Zeit für ein Gestaltungsjahrzehnt für Deutschland gekommen. „Wir sind bereit, ins Offene zu gehen und Neues zu wagen“, erklärte Lindner. Man habe Kompromisse eingehen müssen, denn das gehöre zur Demokratie. Aber das Ergebnis stimme: „Wir bilden eine Regierung der Mitte, die Deutschland nach vorne bringt.“

Zu den größten Herausforderungen, vor denen die neue Regierung steht, gehören neben der Corona-Pandemie die Alterung der Gesellschaft und das Reduzieren von Kohlenstoff. Die Freien Demokraten wollen Trendwenden erreichen: Von soliden Finanzen über Investitionen in saubere Technologien und Digitalisierung, Entlastung von Bürokratie, bessere Bildung und neue Aufstiegschancen bis zu mehr gesellschaftlicher Liberalität. „Alle gemeinsam müssen wir für die Entwicklung unseres Landes hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Technologie-Nation stehen, für eine moderne Gesellschaftspolitik und die Erneuerung des sozialen Aufstiegsversprechens“, betonte Christian Lindner.

Auch zahlreiche liberale Initiativen aus Nordrhein-Westfalen haben den Weg in den Koalitionsvertrag gefunden, zum Beispiel die Talentschulen im Bereich der schulischen Bildung, Tariföffnungsklauseln im Arbeitszeitgesetz und das Konzept der Entfesselung zur Verkürzung von Genehmigungsverfahren. Auch die Bündelung von Digitalkompetenzen in einem Ministerium sowie die Migrationspolitik tragen die Handschrift der NRW-Politik.

Dass die gesetzten Ziele erreicht werden, dafür übernehmen auch Liberale aus Nordrhein-Westfalen Verantwortung: Während Christian Lindner das Finanzministerium übernommen hat, ist Dr. Marco Buschmann neuer Justizminister. Zudem wurde Johannes Vogel zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten gewählt. Alexander Graf Lambsdorff bleibt Fraktions-Vize, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist Vorsitzende des Verteidigungsausschusses.

Die Aufgaben und Vorhaben seien groß, betont Christian Lindner: „Deshalb werden die Ampel-Parteien Unterstützung von mehr Menschen benötigen, als uns gewählt haben. Darauf hoffe ich. Denn es geht um unser Land!“ ■



BUNDESTAGSWAHLKAMPF: ALLE STIMMEN FÜR DIE FREIHEIT.

Für die Freien Demokraten war die Bundestagswahl ein großer Erfolg. Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Partei haben wir bei zwei Bundestagswahlen hintereinander ein zweistelliges Ergebnis erreicht. Viele engagierte Mitglieder und vor allem die Kandidatinnen und Kandidaten haben mit großem Einsatz für unsere Argumente und Positionen geworben: Priorität für beste Bildung und Aufstiegschancen für jede und jeden, Tempo bei der Digitalisierung, Innovationen für mehr Klimaschutz oder den Abbau von Bürokratie. Spitzenkandidat Christian Lindner unterstrich dabei, dass die Freien Demokraten auf Innovationen statt Verbote und auf das Vertrauen in jede Einzelne und jeden Einzelnen setzen. Er warb dafür, bei dieser Wahl nicht taktisch zu wählen. Bei all den großen Herausforderungen müsse der Wert der Freiheit in den Fokus. „Die Freien Demokraten sind die Einzigen, die das Individuum und die Freiheit in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Daher: alle Stimmen für die Freiheit.“

Der Landesverband unterstützte die Kandidatinnen und Kandidaten und die Gliederungen im Bundestagswahlkampf mit zahlreichen Maßnahmen. So stand in Nordrhein-Westfalen eine Rekordzahl von über 2.000 Großflächen. Zu den Veranstaltungen des Landesverbandes an den verschiedenen Orten überall in NRW kamen mehrere tausend interessierte Bürgerinnen und Bürger. Bei der Abschlussveranstaltung in Düsseldorf sprach Christian Lindner vor knapp 2.000 Menschen. Neben den Outdoor-Veranstaltungen waren natürlich auch die Social-Media-Kanäle der FDP NRW eine feste Säule des Wahlkampfes. Freidemokratischer Content erreichte über die verschiedenen Plattformen Millionen Menschen in NRW, ergänzt durch eine Vielzahl an Mailing-Aktionen. Auf den unterschiedlichen Plattformen wurden unter anderem Ideen aus dem Wahlprogramm der Bundespartei aufbereitet und die Kandidatinnen und Kandidaten aus NRW in kurzen Videos vorgestellt. Eine dreistellige Anzahl von Inhalten sorgte so für Tausende Interaktionen und einen Dialog mit den Wählerinnen und Wählern. ■



NRW-LANDESGRUPPE IN DER FDP-BUNDESTAGSFRAKTION

- | | | | |
|---|--|--|---|
| 
Christian Lindner
Rheinisch-Bergischer Kreis
42 Jahre | 
Bijan Djir-Sarai
Neuss I
45 Jahre | 
Karlheinz Busen
Borken II
70 Jahre | 
Christian Sauter
Lippe I
41 Jahre |
| 
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Düsseldorf
63 Jahre | 
Otto Fricke
Krefeld I – Neuss II
59 Jahre | 
Markus Herbrand
Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II
50 Jahre | 
Olaf in der Beek
Bochum I
54 Jahre |
| 
Alexander Graf Lambsdorff
Bonn
55 Jahre | 
Reinhard Houben
Köln I
61 Jahre | 
Bernd Reuther
Wesel I
50 Jahre | 
Jens Teutrine
Herford – Minden-Lübbecke II
28 Jahre |
| 
Dr. Marco Buschmann
Gelsenkirchen
44 Jahre | 
Frank Schäffler
Minden-Lübbecke I
52 Jahre | 
Carl-Julius Cronenberg
Hochsauerlandkreis
59 Jahre | 
Manfred Todtenhausen
Wuppertal I
70 Jahre |
| 
Johannes Vogel
Olpe – Märkischer Kreis I
39 Jahre | 
Nicole Westig
Rhein-Sieg-Kreis II
54 Jahre | 
Kathrin Helling-Plahr
Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I
35 Jahre | |

Bildhinweise: N. Westig – Laurence Claperton, M. Herbrand – Deptolda, B. Reuther – Maika Barbara Maier, O. in der Beek – Engels & Kraemer





Chancenland NRW weiter voranbringen

Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Ministerpräsidenten. Der CDU-Politiker Hendrik Wüst wurde als Nachfolger von Armin Laschet, der in den Bundestag gewechselt ist, vom Landtag mit 103 Stimmen gewählt.

Wüst hat bei seinem Antrittsbesuch in der FDP-Landtagsfraktion und in seiner Regierungserklärung die erfolgreiche Zusammenarbeit der NRW-Koalition gelobt. In der Aussprache zur Regierungserklärung machte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Christof Rasche deutlich, dass es einen Unterschied mache, wenn die FDP an einer Regierung beteiligt ist. Er betonte den Gestaltungswillen der Freien Demokraten in NRW.



Seit der Regierungsübernahme ist die Arbeit der NRW-Koalition getragen von Verantwortung, Vernunft, Vertrauen und Visionen für das Land. „Wir haben für einen echten Politikwechsel gesorgt. Wir wollen weiter zeigen, dass es einen Unterschied macht, dass die FDP Verantwortung für Nordrhein-Westfalen trägt und das Land gemeinsam mit den Menschen gestaltet“, erklärte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Christof Rasche im Parlament.

In Regierungsverantwortung von FDP und CDU ist unser Land vorangekommen. „Wir haben die Chancen für die Menschen verbessert. Wir haben bereits viel erreicht, aber wir haben auch noch viel vor“, betonte Rasche. Die großen Zukunftsaufgaben Demographie, Digitalisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft stellen unser Land weit über diese Legislaturperiode hinaus vor große Herausforderungen. Die Freien Demokraten sind bereit, die Zukunft zu gestalten und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten können. Dazu setzt die FDP in Regierungsverantwortung bei den Kleinsten an – sie brauchen den Schutz der Gesellschaft und die bestmöglichen Bildungschancen. Bei der Bildung haben wir mit dem Pakt für Kinder und Familien (1,3 Milliarden Euro zusätzlich jedes Jahr für frühkindliche Bildung) und die Digitalstrategie Schule (2 Milliarden Euro für digi-

tale Infrastruktur, Geräte, Fortbildungen, Unterstützung bei der IT, Lehr- und Lernmaterialien bis 2025) Meilensteine erreicht. Noch in dieser Legislaturperiode wird ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht, um die Schwächsten in unserem Land noch besser zu schützen.

Dazu gehört eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und neue zukunftsfähige und nachhaltige Arbeitsplätze schafft. „Wir wollen den Mittelstand noch weiter von Bürokratie entlasten, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Den Bürokratie-TÜV hat die FDP schon 2014 vorgeschlagen. Jetzt setzen wir ihn mit unserem Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart konsequent um.“

Beim Klimaschutz setzt Rasche auf liberale Nachhaltigkeit, die Klimaschutz mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand verbindet. „Nur wenn wir diesen Dreiklang erreichen, wird uns die Welt folgen. Wir werden die Dekarbonisierung mit der Wirtschaft voranbringen, nicht gegen sie.“ NRW soll sich zum modernsten und klimafreundlichsten Energie- und Industriestandort Europas entwickeln können. Stahl, Glas, Zement und Dünger sollen nicht importiert werden müssen, sondern weiter im Land produziert werden können – und das klimaneutral. ■

RALF WITZELHaushaltspolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

ralf.witzel@landtag.nrw.de



Zukunft gestalten statt Schulden verwalten

Zukunft gestalten – das ist das Ziel des Landeshaushalts 2022. Gerade in Zeiten von Krisen und globalen Herausforderungen ist es wichtig, auch die Generationengerechtigkeit im Blick zu behalten. „In Regierungsverantwortung von FDP und CDU hat Nordrhein-Westfalen die Haushaltswende geschafft. Jahrzehntelang war der Landeshaushalt auf Schulden gebaut, 2018 hat die NRW-Koalition diesen Bann gebrochen“, sagt der FDP-Fraktionsvorsitzende Christof Rasche. **Der Landeshaushalt 2022 wird rund 87,5 Milliarden Euro umfassen**, Rekordinvestitionen in die Zukunft von fast 10 Milliarden Euro vorsehen und auf finanzielle Nachhaltigkeit setzen.

„Jede Generation steht vor spezifischen, neuen, heute noch nicht bekannten Herausforderungen. Generationengerechte Finanzpolitik muss daher heute an den richtigen Stellen wichtige Zukunftsinvestitionen anstoßen. Genauso muss generationengerechte Finanzpolitik der jungen Generation aber auch in der Zukunft finanzielle Spielräume lassen, um auch noch in 10 oder 20 Jahren aktiv Politik gestalten zu können“, sagt Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Die NRW-Koalition aus FDP und CDU zeigt, dass sie nicht nur in die Zukunft des Landes investieren, die Folgen der Corona-Pandemie mit umfangreichen finanziellen Mitteln abfedern und den Landeshaushalt auf

einer soliden Basis halten kann. „Wir sind erleichtert, dass wir den Corona-Rettungsschirm zur Kompensation der coronabedingten Steuerlücke im Kernhaushalt in deutlich geringerem Umfang in Anspruch nehmen müssen als ursprünglich befürchtet“, betont Ralf Witzel. Die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie bleibt aber auch im Jahr 2022 eine wichtige Aufgabe der Landespolitik.

Auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion werden im Haushalt 2,5 Millionen für Studien zum Infektionsgeschehen bereitgestellt, um Entscheidungen über notwendige Maßnahmen evidenzbasiert treffen zu können. In mehreren weiteren Änderungsanträgen setzen die regierungstragenden Fraktionen Akzente, um die Coronafolgen zu lindern: Ausweitung der Familienerholung, Unterstützung von Lernprogrammen im Bereich Schwimmen, Projekte zum Gesundheitsmanagement, Projektmittel für einen „Einsamkeitsgipfel“.

LANDESHAUSHALT 2022
87,5 Milliarden Euro



FAMILIEN BEI IHREN EIGENHEIM-PLÄNEN UNTERSTÜTZEN

Bildhinweise: enera/stock.adobe.com



Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, stellt vor Journalisten Änderungsanträge der regierungstragenden Fraktionen vor.

Das Land wird Familien beim Erwerb von Wohneigentum bei der Grunderwerbsteuer entlasten. Mit einem Förderprogramm mit der NRW.Bank und einem **Volumen von 400 Millionen Euro** gelingt so der Einstieg in die Entlastung beim Eigentumserwerb. „Das Programm ist eine gewaltige Leistung in dieser schwierigen Haushaltslage und es werden zielgenau Familien gefördert“, erklärte Christof Rasche vor Journalisten.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten FDP und CDU verabredet: „Wir wollen, dass junge Familien in NRW sich den Traum eines Eigenheims verwirklichen können. Wohneigentum ist zugleich der beste Schutz gegen Altersarmut. Um die seit Jahren stagnierende Wohneigentumsquote zu erhöhen, wollen wir die Grunderwerbsteuer reformieren.“ Die genaue Ausgestaltung des Programms bei der NRW.Bank soll im ersten Quartal des Jahres 2022 erfolgen. Die Entlastung erfolgt rückwirkend für Verträge ab dem 1. Januar 2022. ■

So hat sich der Haushalt seit der Regierungs- übernahme verändert

VERGLEICH DER HAUSHALTE 2016 UND 2022:

- Anstieg der Investitionsquote von **8,8 auf 11,1 %**.
- Ausgaben im Bereich Schule um 24 % gesteigert – von **16,8 auf 20,9 Milliarden Euro**.
- Ausgaben für Hochschulen von **7,1 auf 8,3 Milliarden Euro** gesteigert, das ist ein Plus von 19 %.
- Massive Aufstockung der Finanzierung der frühkindlichen Bildung von **2,6 auf 4,5 Milliarden** (+74 %).
- Zahl der Kita-Plätze um 24 % gestiegen – von **588.000 auf 729.000**.
- Bessere Ausstattung für unsere Polizei. Erhöhung der Mittel um 40 % von **3,7 Mrd. auf 5,2 Mrd. Euro**.



Bürokratie-TÜV entlastet Mittelstand

Der Mittelstand und das Handwerk in Nordrhein-Westfalen werden von Bürokratie entlastet. „Der Staat soll dem Mittelstand keine Steine in den Weg legen. Die Innovationskraft des Mittelstands darf nicht durch unnötige Bürokratie gebremst werden. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit stärken“, sagt Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Das Mittelstandsförderungsgesetz wird derzeit im Landtag beraten.

Gesetze, Vorhaben und Initiativen werden künftig noch effektiver auf ihre Mittelstandsfreundlichkeit geprüft. Die Clearingstelle Mittelstand wird als Bürokratie-TÜV nicht nur neue, sondern auch bereits geltende Gesetze von Bund, Land und Europäischer Union auf die Mittelstandsfreundlichkeit prüfen können. Den Bürokratie-TÜV hatte die FDP-Landtagsfraktion bereits in der vergangenen Legislaturperiode gefordert. Nun wird die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der NRW-Wirtschaft und stellen rund 99,5 Prozent aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Die mittelständische Wirtschaft, das Handwerk und die Freien Berufe leisten mit jährlich 471 Milliarden Euro einen erheblichen Beitrag zu Wirtschaftskraft und Wohlstand des Landes. „Der Mittelstand ist ein Stabilitätsanker für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er stellt den Menschen Arbeitsplätze mit gutem Einkommen, schafft Gemeinschaft und Verbundenheit mit der Region“, erklärt Bombis. Rund 70 Prozent aller Azubis absolvieren ihre Ausbildung im Mittelstand. Damit ist der Mittelstand *der Jobmotor* in NRW. ■

Die Zukunft des Handwerks

war in der letzten Legislaturperiode auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion Thema einer Enquete-Kommission im Landtag. Seit 2017 hat die FDP in Regierungsverantwortung gemeinsam mit dem Handwerk NRW an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen gearbeitet. „Mittelstand und Handwerk sind das Fundament, auf das die Wirtschaft in NRW gebaut ist. Dieses Fundament wollen wir in Zukunft weiter stärken und dafür auch die kommenden Herausforderungen gemeinsam mit dem Handwerk erfolgreich angehen. Die FDP ist verlässlicher Partner des Handwerks und wird die im Abschlussbericht vorgeschlagenen Empfehlungen und Initiativen für eine weitere Stärkung von Handwerk und Mittelstand weiter verfolgen und voranbringen“, sagt Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion und Vorsitzender der damaligen Enquete-Kommission.



RALPH BOMBIS
Wirtschaftspolitischer
Sprecher der FDP-Landtagsfraktion
ralph.bombis@landtag.nrw.de

Bildhinweise: wavebreakmedia/shutterstock.com; Ftich/stock.adobe.com



40 Millionen Euro Investitionen in die berufliche Bildungsinfrastruktur werden durch den „Modernisierungspakt Berufliche Bildung“ ermöglicht. Damit wird ein Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet.

NRW in Zahlen – Handwerk



1,2
Millionen
Beschäftigte

Mehr als **190.000 Handwerksbetriebe** existieren in NRW, dort arbeiten fast **1,2 Millionen Beschäftigte**. Mit mehr als **79.000 Auszubildenden** ist das Handwerk größter Ausbilder in NRW. Handwerk und Mittelstand bilden das Rückgrat bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen der Wirtschaft in NRW.

400 Verwaltungsdienstleistungen werden bis Ende 2022 **vollständig online möglich sein**, das Wirtschafts-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) wurde als **digitales Gewerbeamt deutlich ausgebaut**. Damit sparen Handwerksunternehmer viel Zeit für Behördengänge.



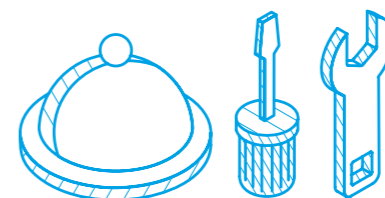
400



Bis zu **10.500 Euro Meistergründungsprämie** gibt es für Gründung, Betriebsübernahme oder Betriebsbeteiligung.

Damit wird jungen Handwerkern **Mut zur Weiterqualifizierung gemacht und der Sprung in die Selbstständigkeit erleichtert**.

10.500 €



Rund **130 Ausbildungsberufe** gibt es im Handwerk.

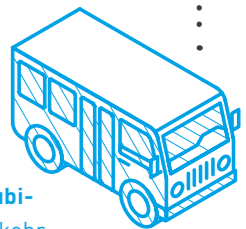
40 Mio.

Duale und triale Bildungsgänge werden gefördert. Zudem wird die Fortbildung zum Meisterabschluss – dem „Premiumprodukt“ des Handwerks – unterstützt. Damit soll die gesellschaftliche **Wertschätzung und Anerkennung** der beruflichen Bildung gestärkt werden.

90%

der **171 Handlungsempfehlungen** der Enquete-Kommission „Zukunft des Handwerks“ **wurden bereits vom Land und vom Handwerk umgesetzt** oder sind in der Umsetzung.

In allen 4 Verkehrsverbänden Nordrhein-Westfalens gibt es ein **vergünstigtes „Azubi-Ticket“** für den Nahverkehr, mit einem Aufpreis von **20 Euro** bietet es landesweite Mobilität.



130

CHANCEN DURCH VIELFALT: Diversity Camp der FDP NRW



Vielfalt macht uns stärker! Das gilt für unsere Gesellschaft ganz allgemein, aber auch für uns als Partei im Konkreten: Wie verankern wir Diversity Management noch mehr in unserer innerparteilichen Kultur, wie nutzen wir die Chancen, die Diversität bietet, noch mehr in unseren Strukturen? Um diese und um ähnliche Fragen ging es beim ersten Diversity Camp der FDP NRW.

Über 100 Mitglieder kamen nach Essen, um Vorträgen zuzuhören, in Workshops mitzuarbeiten, Ideen einzubringen und zu diskutieren. Mit Tijen Onaran und Nico Rose steuerten zwei externe Speaker ihre Expertise und ihre persönlichen Erfahrungen bei und machten deutlich, wie Diversität und Inklusion in Organisationen gelingen kön-

nen. Aktiv mitarbeiten konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Workshops mit Maren Jasper-Winter, Thomas Sattelberger, Franziska Brandmann, Moritz Körner, Laura Litzius, Denis Anwar, Lucas Slunjski und Volker Borchers.

Eine Mitmachpartei lebt davon, die Impulse ihrer Mitglieder aufzugreifen und Ideen gemeinsam weiterzuentwickeln. Entsprechend begeistert zeigten sich Joachim Stamp und Johannes Vogel, die durch den abwechslungsreichen Tag führten: „Die FDP NRW besteht nicht nur aus sehr vielen tollen, sondern auch sehr unterschiedlichen Menschen. Diese Vielfalt an Perspektiven wollen wir noch besser nutzen. Das Diversity Camp war ein wichtiger Schritt dabei!“ ■



Das Diversity Camp
als Podcast:



HINSEHEN, HINHÖREN, HELFFEN: MODERNSTER KINDERSCHUTZ FÜR NRW

Nordrhein-Westfalen bekommt erstmals ein Kinderschutzgesetz. „Jede Kindeswohlgefährdung ist mit großem Leid verbunden und hinterlässt Narben auf den Kinderseelen“, so Kinderminister Dr. Joachim Stamp. Der Gesetzentwurf markiere einen Wendepunkt und solle einen Beitrag für einen Kulturwandel leisten, hin zu aktivem Hinsehen, Hinhören und Helfen. Mit dem Entwurf für ein Landeskinderschutzgesetz unterstreicht NRW seine bundesweit führende Rolle bei der Stärkung und Wahrung der Kinderrechte. Dafür sollen in den nächsten drei Jahren insgesamt rund 185 Mio. Euro in verschiedene Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Kindeswohlgefährdungen investiert werden. Bereits zuvor hatte das Familienministerium gemeinsam mit der Kinderrechtsorganisation Kindernothilfe eine Kampagne gestartet, um verstärkt darauf aufmerksam zu machen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen verbessert werden muss. Dabei appellieren Prominente auf Plakaten und im Internet, Kinder besser vor Gewalt zu schützen. ■

BILDUNGSLAND NRW AUF DEM WEG IN DIE DIGITALE ZUKUNFT

Die Digitalisierung der nordrhein-westfälischen Schulen geht mit großen Schritten voran: Rund zwei Milliarden Euro für digitales Lernen und Lehren in Nordrhein-Westfalen bis 2025 sieht die „Digitalstrategie Schule NRW“ vor. „Wir investieren in die digitale Zukunft unserer Kinder, denn digitale Kompetenzen sind heute so wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen“, erklärte Schulministerin Yvonne Gebauer. Mit einem zweiten Ausstattungsprogramm in Höhe von 184 Millionen Euro soll es Schulträgern ermöglicht werden, an Schulen in sozial benachteiligten Lagen alle Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten auszustatten. „Dieses zweite Ausstattungsprogramm im Rahmen der Digitalstrategie ist ein weiterer Meilenstein für die Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen und zugleich ein großer Beitrag für Teilhabe und Chancengerechtigkeit“, so Bildungsministerin Yvonne Gebauer. ■

NRW HÄLT DAS TEMPO BEI DER DIGITALISIERUNG HOCH

Nach der digitalen Aufholjagd in den letzten Jahren wird Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter in Deutschland, was digitale Infrastruktur und Verwaltung angeht. Wichtige Grundlage dafür war die ressortübergreifende Strategie, die nun ein Update bekommt. „Mit der Fortschreibung unserer Digitalstrategie halten wir das Tempo hoch und zeigen, wie Nordrhein-Westfalen in möglichst vielen Feldern digitaler Vorreiter in Deutschland werden kann“, freut sich Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart bei der Vorstellung der Digitalstrategie 2.0. Diese zeige, dass man es ernst meine mit der Digitalisierung und nicht nur von einer Aufholjagd gesprochen, sondern sie auch mit ehrgeizigen Zielen vorangetrieben habe. Unter anderem beim Ausbau des Start-up-Ökosystems sowie von digitalen Bildungsinnovationen und Quantencomputing, aber auch beim Ausbau von 5G und LTE setzt sich das Land neue und höhere Ziele. Zudem soll im kommenden Jahr das digitale Bürgeramt vollendet werden. ■



Archivfoto

MITMACHPARTEI FDP NRW:

PROGRAMMPROZESS ZUR LANDTAGSWAHL

Das Jahr 2021 stand mit der Erarbeitung des Landtagswahlprogramms im Zeichen der inhaltlichen Vorbereitung der Landtagswahl in 2022. Sowohl im Rahmen der Landesfachausschüsse als auch darüber hinaus hatten die Mitglieder verschiedene, meist digitale Möglichkeiten, sich in den Programmprozess einzubringen und eigene Ideen als konkrete Vorschläge zu formulieren.

Der Prozess begann im Februar mit einem digitalen Kickoff, einem offenen Sammeln von Ideen und Themen in den verschiedenen Politikfeldern der Landespolitik. Die Debatte des Leitantes beim digitalen Landesparteitag und der damit verbundene Chancen-Talk mit externen Impulsgebern waren weitere inhaltliche Bausteine auf dem Weg zum Wahlprogramm. In einer zweiten Phase wurde im Rahmen eines digitalen Parteiprogrammatischen Wochenendes durch die Landesfachausschüsse der erste Textentwurf intensiv bearbeitet. Auch hier konnten sich alle Mitglieder aktiv einbringen – und davon haben viele Mitglieder auch regen Gebrauch gemacht. Zudem wurden zu einzelnen Themen nochmals alle Mitglieder mit einer digitalen Umfrage zu ihrer Meinung und der Bewertung der konkreten Vorschläge befragt.

Seinen Abschluss findet der Programmprozess mit einem außerordentlichen Landesparteitag Anfang 2022, der das finale Programm zur Landtagswahl beschließt. ■

**AUSSERORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG DER FDP NRW –
ALLE INFOS ZUM PARTEITAG:**



www.fdp.nrw



Bildhinweise: Vitya_M/stock.adobe.com

GEWALT AN FRAUEN BEKÄMPFEN

139 Frauen sind 2020 Opfer von Partnerschaftsgewalt mit tödlichem Ausgang geworden, das bedeutet: in Deutschland wird jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Seit Regierungsübernahme 2017 hat die Koalition aus FDP und CDU zahlreiche Maßnahmen in NRW auf den Weg gebracht, um Frauen besser zu schützen und Opfern von Gewalt Hilfe zu bieten. Unter dem Motto #wirgegengewalt fand anlässlich des 40. Jahrestages des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ eine landesweite Aktionswoche statt.

Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen

Ziel dieser Aktionswoche war es, sowohl online als auch offline das Thema „Gewalt an Frauen“ in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und gleichzeitig über Hilfsangebote in NRW zu informieren. Vom 22. bis zum 27. November färbten sich auch die Social-Media-Kanäle der FDP-Landtagsfraktion orange, um bei diesem Herzensthema ein Zeichen zu setzen. „Wir möchten, dass alle Menschen, in diesen Tagen insbesondere die Frauen, frei leben können. Das heißt: ohne Zwang. Keine Zwangsprostitution, keine Zwangsheirat, kein Zwang zu körperlichen Handlungen, die Frauen widerstreben. Frauen müssen in NRW frei von Angst leben können und sollen sich sicher fühlen, auch nachts“, sagt Susanne Schneider, Sprecherin für Gleichstellung der FDP-Landtagsfraktion. Gewalt an Frauen passiert täglich, in allen Bevölkerungsgruppen und bleibt häufig aus Scham oder Unsicherheit, wegen Sprachbarrieren oder aus anderen Gründen

98% aller Opfer sexueller Übergriffe, von sexueller Nötigung oder Vergewaltigung in Deutschland sind Frauen

MESSAGES

Schreib mir bitte, wenn du zu Hause angekommen bist 🍷

VERBESSERUNG DER FRAUENHILFE-INFRASTRUKTUR:

- Erhöhung der Mittel um 31,9% seit 2017, aktuell werden 64 Frauenhäuser vom Land gefördert.
- Erweiterung des Platzangebots in NRWs Frauenhäusern bis 2022 um über 50 Plätze.

unentdeckt, sodass Expertinnen und Experten mit einer großen Dunkelziffer rechnen. Denn nicht immer müssen die Wunden von Gewalt äußerlich sichtbar sein. Gewalt hat viele Formen: Sie kann emotional, sexuell, psychisch, körperlich oder auch digital ausgeübt werden. Opfer von Gewalt müssen wissen, dass es für sie Schutz und Hilfe in NRW gibt und wo sie konkrete Hilfsangebote in Anspruch nehmen können. Schneider: „Die Zeiten, in denen Frauen aus Angst einen Schlüsselbund fest umschlossen in der Faust halten, um im Notfall gegen einen Angreifer gewappnet zu sein, müssen vorbei sein. Wir verabscheuen jede Form von Gewalt und unterstützen die Opfer, wo wir nur können.“

Knapp **49%** aller Frauen in NRW meiden Orte regelmäßig oder sehr oft aus Angst vor Gewalttaten

Die Landesregierung hat eine breit gefächerte und leicht zugängliche Infrastruktur von Hilfsangeboten für Frauen und Männer gebündelt unter dem Namen EXIT.NRW zur Verfügung gestellt. Der nordrhein-westfälische Landtag hat auf Initiative der Fraktionen von FDP und CDU die Landesregierung beauftragt, ihr Engagement weiter fortzusetzen. ■

HILFETELEFON
GEWALT GEGEN FRAUEN
08000 116 016
www.hilfetelefon.de

SUSANNE SCHNEIDER
Sprecherin für Gleichstellung
der FDP-Landtagsfraktion
susanne.schneider-mdl@landtag.nrw.de



KULTURFRÜHSTÜCK – DER KUNST- MARKT IN ZEITEN VON CORONA



Shutdowns und andere Einschränkungen der Pandemie haben viele Museen, Galerien und die Kunstschaffenden vor enorme Herausforderungen gestellt. Auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion haben Expertinnen und Experten beim Kulturfrühstück in Krefeld mit zahlreichen Gästen über die Herausforderungen des Kunstmarkts diskutiert.

„Als NRW-Koalition haben wir mit einem groß angelegten Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit gegeben, zielgerichtet zu helfen und Perspektiven zu erhalten“, betont Lorenz Deutsch, kulturpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die Rückmeldungen aus der Kunst- und Kulturszene haben gezeigt, dass die Hilfen zielgenau waren. So konnte Künstlerinnen und Künstlern geholfen werden, die durch die Pandemie in eine Notlage geraten sind. Insgesamt hat das Land NRW über 190 Millionen Euro für die Stipendienprogramme zur Verfügung gestellt. „Wir haben die Kunst- und Kulturszene in NRW nicht im Stich gelassen. Nordrhein-Westfalen war eines der ersten Bundesländer, das schnell Soforthilfen für die Kulturbranche aufgelegt hat“, erklärt Deutsch. Die Kulturinstitutionen im Land wurden gezielt mit einem Kulturstärkungsfonds unterstützt.

Prof. Dr. Nadine Oberste-Hetbleck, Leiterin des Zentralarchivs für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK sowie Galerist Max Mayer freuten sich, dass Sammlerinnen und Sammler auch während der Krise der Galerie die Treue hielten und ihr und den dort vertretenen Künstlerinnen und Künstlern verbunden blieben. Katja Baudin, Direktorin der Krefelder Kunstmuseen, wies darauf hin, dass die Museen ihr Publikum durch digitale Angebote vergrößern konnten. Einig waren sich alle Referenten, dass der unmittelbare Kontakt zum Publikum sowie die direkte Kommunikation und Auseinandersetzung gefehlt haben. ■

Berufliche Bildung stärken



Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig, das ist der FDP-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen, das sie in Regierungsverantwortung seit 2017 mit zahlreichen Initiativen verfolgt. In Deutschland gab es im vergangenen Jahr 324 Ausbildungsberufe. „Die Perspektiven und Angebote der beruflichen Bildung sind so vielfältig wie die Interessen der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen, dass junge Menschen durch bessere Information über berufliche Möglichkeiten sowie Weiterbildungs- und Aufstiegsperspektiven eine passende Berufswahl treffen“, erklärt Martina Hannen, Sprecherin für schulische Berufs- und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion.

Gesellschaftlich gibt es seit einigen Jahren eine Tendenz zur Akademisierung von Bildung. Dabei ist vielen Familien gar nicht bekannt, wie vielfältig die Möglichkeiten der beruflichen Bildung sind und welche Karrieremöglichkeiten die Angebote der höheren Berufsbildung auch im späteren Berufsleben bieten. „Wir setzen uns als Freie Demokraten dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler in NRW frühzeitig einen fundierten Einblick in die Realität von Ausbildungsberufen erhalten. Sie sollen sich selber davon überzeugen, welche guten Karrieremöglichkeiten Handwerk, Handel und Industrie oder der soziale Bereich bieten“, betont Hannen.

Um ein klares Bild zu vermitteln, müssen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen erreicht werden. Auch in der Sekundarstufe 2, in der der Großteil der Schülerinnen und Schüler den Besuch einer Hochschule als einziges Berufsziel verfolgt, soll über berufliche und akademische Bildung informiert werden. „Zahlreiche Ausbildungsberufe fordern inzwi-

schen das Abitur als Zugangsvoraussetzung, das haben viele Abiturienten aber gar nicht auf dem Schirm. Dadurch kann es passieren, dass junge Menschen ein Studium wählen, das sie nicht zu einem glücklichen Berufsleben führt, weil Informationen über Alternativen fehlen.“ Um die Berufswahlinformation zu verbessern, sollen die allgemeinbildenden Schulen als Partner der dualen Ausbildung gestärkt werden. „Wir wollen die Schulen enger mit den Ausbildungsbetrieben verzahnen“, erläutert Hannen.

Auch beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule zum Berufskolleg gibt es für die Berufswahl ungenutzte Potenziale. So wird der sogenannte Berufswahlpass, in dem Erfahrungen, Praxis-einblicke, Potenzialanalysen und auch die eigenen Gedanken in Bezug auf die Berufswahl gebündelt werden, für Beratungsgespräche am Berufskolleg noch nicht eingesetzt. Das soll sich nach dem Willen der FDP-Landtagsfraktion im Zuge der Digitalisierung des Berufswahlpasses ändern. „Wir wollen prüfen, wie der Berufswahlpass beispielsweise bei Anmeldungen und Beratungsgesprächen an Berufskollegs einbezogen werden kann. Wenn die Beraterinnen und Berater dort, auf die bestehenden Ergebnisse aufbauend, zielgerichtet beraten, können Jugendliche eine bewusstere Berufswahl treffen“, betont Hannen. ■

MARTINA HANNEN
Sprecherin für schulische
Berufs- und Weiterbildung der
FDP-Landtagsfraktion
martina.hannen@landtag.nrw.de





VERSAMMLUNGSFREIHEIT STÄRKEN – KLARE REGELN SETZEN

Das Land Nordrhein-Westfalen macht von seiner Gesetzgebungskompetenz beim Versammlungsrecht Gebrauch. Für die Freien Demokraten steht fest: Niemand darf von der friedlichen Ausübung seines Grundrechts abgeschreckt werden. Nach der Auswertung einer ausführlichen Expertenanhörung haben die Fraktionen von FDP und CDU einen detaillierten Änderungsantrag zum Gesetzentwurf des Innenministeriums vorgelegt, der die Bürgerrechte betont.

„Wir wollen die Versammlungsfreiheit stärken und ein modernes Versammlungsrecht mit klaren und verständlichen Regeln für Anmelder von Demonstrationen, deren Teilnehmer sowie auch für Polizei- und Ordnungskräfte schaffen“, betonte Christof Rasche. Dazu haben seit der Einbringung des Gesetzentwurfs im Januar 2020 neben der Anhörung auch zahlreiche Gespräche mit gesellschaftlichen Gruppen stattgefunden. „Kritik und Sorgen der Menschen wurden von uns gehört“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der FDP.

Seit 2006 haben die Länder die Möglichkeit, das Versammlungsrecht auszugestalten. „Wir haben uns die nötige Zeit genommen, um gründlich über Notwendigkeit von Änderungen, Möglichkeiten und Auswirkungen zu beraten“, unterstreicht der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marc Lürbke. Das Ergebnis: Der Änderungsantrag wird das Gesetz verbessern, setzt Kritik von Sachverständigen um, stärkt die Bürgerrechte. „Ich freue mich, dass die liberale Handschrift im geänderten Gesetzentwurf klar erkennbar ist.“

NRW erhält nun ein modernes Versammlungsrecht, das Bürgerrechte und Schutz von Versammlungsteilnehmern wie Einsatzkräften in eine gute Balance bringt. Die Landesregierung wird dem Parlament regelmäßig berichten und wir werden das Gesetz evaluieren. ■

MARC LÜRBKE

Sprecher für Innenpolitik
der FDP-Landtagsfraktion
marc.luerbke@landtag.nrw.de



KERNPUNKTE DER ÄNDERUNGEN:

- Möglichkeit zur Identitätsfeststellung an polizeilichen Kontrollstellen:**
 - Vom Versammlungsgesetz darf keine Abschreckungswirkung für Demonstrationen ausgehen. Daher hat die FDP-Fraktion sich gegen anlasslose Kontrollstellen zur Identitätsfeststellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgesprochen.
 - Die Identitätsfeststellung darf erst erfolgen, wenn auch tatsächlich verbotene Gegenstände wie Waffen, Schutzausrüstung oder verummungsg geeignete Mittel gefunden wurden.
- Gegendemos werden nicht erschwert**
 - „Nicht auf Behinderung zielende kommunikative Gegenproteste“ fallen nicht unter das Störungsverbot. Damit ist klar: kommunikative Mittel wie Zwischenrufe, laute Proteste oder Spruchbänder bei Gegendemonstrationen sind erlaubt.
- Anpassung der Fristberechnung bei der Anmeldung zugunsten der Demonstranten**
 - Bei der Frist für die Anmeldung von Demos ist es egal, ob sie an Wochentagen, Wochenenden oder Feiertagen stattfinden. Die Anmeldefrist wird so kurz wie möglich gehalten.
- Kein ausuferndes Militanzverbot, sondern „Gewalt- und Einschüchterungsverbot“**
 - Wir haben die Regelung präzisiert und mehr Rechtsklarheit geschaffen – jetzt müssen Fußballfans und Gewerkschaften nicht mehr fürchten, betroffen zu sein.
- Klare rechtsstaatliche Grenzen für die Polizei bei Bild- und Tonaufzeichnungen von Demonstrationen**
 - Verpflichtung, die Übersichtsaufnahmen einer Demonstration unter freiem Himmel offen und nur verhältnismäßig vorzunehmen.
- Besserer Schutz von Holocaust-Gedenktagen**
 - Der 27. Januar und der 9. November sind jetzt explizit im Gesetz verankert – und werden nicht nur in einer Verordnung festgelegt.

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // WASSERRETTUNG

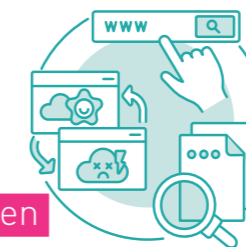
Zusätzliche Allradfahrzeuge für DLRG-Wasserrettungszüge

Spezialisten der DLRG haben beim Hochwasser im Juli Menschenleben gerettet. Dazu sind Allradfahrzeuge für das Gelände und Spezialgerät notwendig. Im Nachgang der Flutkatastrophe hat sich gezeigt, wie hoch der Investitionsstau ist. Auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion werden nun 1,5 Millionen Euro zusätzlich im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt, damit die DLRG neue Fahrzeuge anschaffen kann. „Die Arbeit der DLRG bei der Wasserrettung ist unschätzbar wertvoll. Die notwendigen Spezialfahrzeuge sind kaum über Eigenmittel und Spenden zu finanzieren. Sie dienen aber der Sicherheit der Bevölkerung, wie wir bei der Flutkatastrophe im Juli eindringlich gesehen haben“, betont der Sprecher für Katastrophenschutz der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Werner Pfeil. Darüber hinaus setzt sich die FDP-Landtagsfraktion dafür ein, dass die DLRG strukturell in gleicher Weise unterstützt wird wie andere Hilfsorganisationen. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // ONLINE-SICHERHEIT

Online-Shopping mit dem Fakeshop- Finder sicherer machen

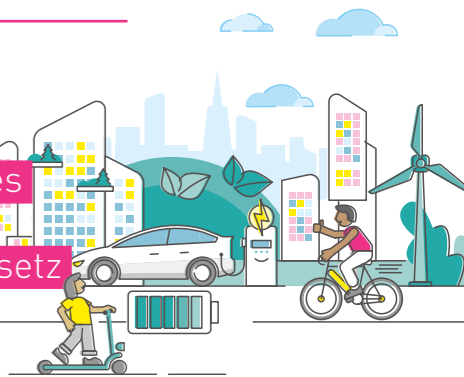


Ein vermeintliches Schnäppchen kann sich beim Online-Shopping schnell als Kostenfalle entpuppen. Fakeshops sehen wie seriöse Shopping-Portale aus, sind aber meistens reine Abzocke und missbrauchen Nutzerdaten. „Mit dem Fakeshop-Finder sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Onlineshops überprüfen können, bei denen sie bestellen wollen. Eine künstliche Intelligenz prüft die eingegebene URL auf Indizien, die auf einen Fakeshop hinweisen können“, erklärt Stephan Haupt, Sprecher für Verbraucherschutz der FDP-Landtagsfraktion. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // VERKEHRSWENDE

NRW bekommt bundesweit erstes Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz



Nordrhein-Westfalen leistet echte Pionierarbeit bei der Verkehrswende. Der Landtag hat das bundesweit erste Radverkehrs- und Nahmobilitätsgesetz verabschiedet. „Das Gesetz zeichnet sich dadurch aus, dass es ganzheitlich und ideologiefrei ausgestaltet ist. Fahrrad-, Fußverkehr und Elektro-Kleinstfahrzeuge sind gemeinsam im Fokus“, erläutert Ulrich Reuter, Sprecher für Verkehr der FDP-Landtagsfraktion. Die FDP-Landtagsfraktion möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger für jedes Mobilitätsbedürfnis ein attraktives Angebot erhalten. Die Verzahnung der Angebote des Öffentlichen Nahverkehrs mit der Nahmobilität ist dabei von besonderer Bedeutung. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

NRW-Lokalradios für den Ernstfall stärken



Die FDP-Landtagsfraktion möchte die Lehren aus dem schlimmen Hochwasser im Sommer ziehen und den Schutz der Bevölkerung verbessern. Ein wichtiger Baustein ist, dass die Warn-Infrastruktur alle Menschen erreicht. Potenzial liefern dabei Lokalradios. Sie sollen im Ernstfall ihre Hörerinnen und Hörer warnen und die Berichterstattung aufrechterhalten können. „Dafür ist eine Notfall-Stromversorgung, aber auch eine Sendemöglichkeit aus den Leitstellen für direkte Durchsagen ohne redaktionelle Umwege eine gute, schnelle und verlässliche Möglichkeit“, erklärt Thomas Nückel, medienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. ■

Lesen Sie uns auch online!



fdp.nrw/liberal.nrw
fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw



Facebook



Instagram



Twitter



Youtube

Oder folgen Sie uns auf Social-Media-Kanälen.



Ralf Witzel, geboren am 25. März 1972 in Essen. Nach Abitur und Höherer Handelsschule für Wirtschaft und Verwaltung BWL-Studium (Abschluss 1999). Danach als Diplom-Kaufmann bis 2005 Personalreferent in der Bauindustrie. Mitglied der FDP seit 1988. Von 1994 bis 2003 Vorsitzender des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Aktuell Vorsitzender der FDP Essen und der FDP Ruhr sowie Mitglied des Landesvorstandes. Im Landtag tätig als stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie als Sprecher für Haushalt, Finanzen und Personal.

FRAGEBOGEN

Ralf Witzel

LANDTAGSFRAKTION

FRAGEBOGEN

Sie sind neben Ihren Funktionen in der Fraktion seit kurzem Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Hochwasser. Was beinhaltet diese Aufgabe, und wie unterscheidet sich die Arbeit eines PUA von einem Fachausschuss?

Witzel: Ein PUA hat einen eng begrenzten Untersuchungsauftrag und besondere Ermittlungsbefugnisse – wie das Recht, vertrauliche Akten der Ministerien und in diesem Fall Wasserverbände einzusehen, Gutachten zu beauftragen und Zeugen vorzuladen. Staatsanwälte und Richter unterstützen diese Arbeit. Der Vorsitzende hat das Gremium neutral zu leiten und selbst kein Stimmrecht.

Was genau untersucht dieser PUA?

Witzel: Der neue PUA wird intensiv mögliche Versäumnisse und Fehleinschätzungen der Behörden bei der Gefahrenabwehr des Starkregenereignisses im Juli analysieren. Er hat dazu die administrativen Informationsflüsse und Kommunikationsprozesse aller beteiligten Stellen zu untersuchen.

Ist das Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode einen Abschlussbericht vorzulegen, überhaupt zu erreichen?

Witzel: Selten hatte ein PUA einen so engen Zeitplan. Unser Ziel ist es, die Aufarbeitung der Flutkatastrophe gründlich und mit großer Ernsthaftigkeit zu forcieren und unseren Auftrag zu erfüllen – eine Herkulesaufgabe bei bereits einer Million Dokumentenseiten, die auszuwerten sind.

Was sind die Ziele, die die FDP im PUA verfolgt?

Witzel: Die FDP möchte den Flutgeschädigten eine bestmögliche Aufklärung bieten, wie es zu diesem Großschadensereignis kommen konnte. Daraus sollten sich zugleich Handlungsempfehlungen ergeben, um zukünftige Schadenslagen zu vermeiden. ■